

Stellungnahme der grünen Gemeinderatsmitglieder Beate Benning-Gross und Thomas Hentschel auf der Gemeinderatssitzung am 22.10.2018 zum Tagesordnungspunkt „Entwicklung des „Pfleiderer-Areals“ Aufstellung des Bebauungsplans „Im Wörtgarten“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, wir stehen heute vor einer schwerwiegenden Entscheidung. Es geht um das Entree der Stadt, es geht um die Entwicklung einer bedeutsamen innerstädtischen Fläche und es geht um das Gift, das sich dort im Boden befindet.

Wir, Herr Hentschel und ich, können es gut verstehen, dass der Wunsch besteht, nach all den Jahren der Diskussion endlich eine Lösung präsentieren zu können.

Doch wie sieht die Lösung aus?

Es sind zwei Einkaufsmärkte vorgesehen. Wir Grünen wollen diese Ansiedlung nicht, da wir nicht davon überzeugt sind, dass Gernsbach diese Märkte braucht. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden und uns sind bisher keine Klagen über eine mangelnde Deckung des täglichen Bedarfs zu Ohren gekommen.

Das Argument, man brauche die Märkte, um dem Kaufkraftverlust entgegen zu treten, zeugt aus meiner Sicht von Kirchturmpolitik. Der Anstieg des Internethandels macht nicht vor den Toren Gernsbachs Halt. Wie wirkt sich die Ansiedlung auf die Dorfladen-Projekte aus? Auf der einen Seite fördern wir die Nahversorgung, die mit viel ehrenamtlichem Engagement betrieben wird, und auf der anderen Seite lassen wir Konsumtempel für´s Einkaufen mit Eventcharakter zu? Wie passt das zusammen und wie passt das zu Gernsbach?

Und selbst wenn wir von einer Unterdeckung ausgehen: Würde die Erweiterung von Aldi und Rewe dem nicht ausreichend Rechnung tragen? Diese ist lang geplant und vom Gemeinderat beschlossen worden. Dieser Beschluss soll jetzt per Entscheidung durch den Bürgermeister nicht mehr gelten? Wo bleibt die Verlässlichkeit von geschäftlichen Absprachen? Das schafft Misstrauen.

Es ist ein Kreisel geplant. Wir haben keine Bewertung darüber, welche Auswirkungen damit verbunden sind. Zunächst einmal ist das eine Lösung für den Autoverkehr. Wie Fußgänger und Radfahrer*innen in diesem Bereich sicher unterwegs sein sollen, hat sich mir (uns) noch nicht erschlossen. Sicher ist aus unserer Sicht nur, dass die Verkehrsbelastung generell und insbesondere in der Bleichstrasse zunehmen wird, da wohl die wenigsten Autofahrer*innen bis Hörden fahren, um dort, so lange es keinen Kreisel gibt, an der Ampelanlage zu wenden und dann durch den Tunnel unter Gernsbach hindurch zu fahren.

Wie wirkt sich die Schließung der Bahnschranken auf den Verkehrsfluss im Kreisels aus? Ist die mögliche Dimension des Kreisels ausreichend für den LKW-Verkehr? Der Lieferverkehr und die oberirdische Durchfahrt durch Gernsbach von LKW´s wird nicht nur bei Schließung des Tunnels sicherlich zu gewährleisten sein.

Das sind offene Fragen, die wir vor einer Entscheidung geklärt haben möchten.

Nun sind im Gesamtpaket auch einige Appetithappen enthalten. So ist Wohnbebauung, auch sozialer Wohnungsbau, betreutes Wohnen, ein Weg an der Murg entlang, eine Treppe zur Murg und ein Steg über die Murg geplant. Hätten wir das nicht alle gern und sehen uns dort schon flanieren?

Die Gernsbacher Bürgerinnen und Bürger haben schon einige Erfahrungen mit schönen Plänen gemacht, aber bekanntlich steckt der Teufel im Detail. Hier geht es um Vertrauen, das der Plan eines Investors in die Realität umgesetzt wird. Doch auch die Stadt ist daran finanziell beteiligt, mit 10 % für den Steg und mit 60 % am Kreisels. Von welchen Summen sprechen wir? Ich weiß es nicht. Kann ich da mit gutem Gewissen zustimmen? Übrigens: die Geh- und Radwegbrücke in Weisenbach ist mit Kosten in Höhe von 2,7 Mio. Euro geplant.

Und dann ist da noch die Sache mit dem Gift. Dazu soll eine neue Sanierungsvereinbarung mit der Umweltbehörde geschlossen werden. Es ist eine Angelegenheit zwischen Investor und Behörde. Wir haben gelernt, dass die Stadt keinerlei Einfluss hat. Wir haben ebenfalls gelernt, dass ein Kriterium die wirtschaftliche Zumutbarkeit ist und dass die Umweltbehörde bisher auch einer Deckelung und einer Brunnenlösung zugestimmt hat. Und wir wissen aus den Verhandlungen des Bürgermeisters mit dem Investor, dass die Sanierung 4,5 Mio. Euro kosten darf. Wie diese Sanierung erfolgt, ist also noch nicht bekannt. Und ich möchte an dieser Stelle nochmals betonen, dass eine Sanierung nicht Entgiftung bedeutet. D. h. wir wissen nicht, ob Gift im Boden bleibt oder nicht. Wir wissen nicht, ob ein dauerhafter Betrieb von Brunnen vereinbart wird. So kann es sein, dass das Gift und die Problemlösung für unsere Nachkommen erhalten bleibt.

Das wollen wir nicht und wir wollen uns auf der Basis von Fakten und nicht von Ankündigungen entscheiden. Sowohl der Gemeinderat als auch die Bürgerinnen und Bürger sollten wissen, auf was sie sich einlassen.

Wir verstehen nicht, warum sich die Stadt bei Fragen des Stegs und des Kreisels finanziell beteiligt, aber über eine mögliche finanzielle Beteiligung für eine höherwertige Sanierung des Geländes nicht verhandelt.

Es entsteht das Gefühl, dass noch vor der Gemeinderatswahl an den Bürgern vorbei vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen. Insofern

müssen wir auch aus den gescheiterten Bürgerbeteiligungsverfahren erkennen, dass sich wirkliche Bürgerbeteiligung in Gernsbach noch in der Lernphase befindet und mehr Demokratie und Transparenz eingefordert werden muss.

Wir wollen eine nachhaltige Lösung, d. h. das Gift muss weg und sicher gelagert werden. Andernfalls akzeptieren wir eine Art Sondermülldeponie mit Bebauung in unserer Stadt.

Dazu sind wir nicht bereit und werden dem Beschluss nicht zustimmen.